



**LANDKREIS**  
**ERDING**

## **PROTOKOLL**

---

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@lra-  
ed.de

Erding, 15.12.2008  
Az.:

### **7. Sitzung des Kreisausschusses am 08.12.2008**

#### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Els, Georg

Gotz, Maximilian

Knur, Herbert

Lackner, Helmut

Mehringer, Rainer

Meister, Michaela

Scharf-Gerlspeck, Ulrike

Schmidt, Horst

Schwimmer, Hans

Sterr, Josef

Stieglmeier, Helga

Treffler, Stephan

i.V.v. Schwimmer Jakob

#### **sowie als Vorsitzender:**

Bayerstorfer, Martin

#### **von der Verwaltung:**

Pelger Caroline

Fischer Heinz

Eixenberger Anton

Helfer Helmut

Mayer Elfriede (Protokoll)

Centner Christina



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Ferner nehmen teil:**

Herr Dreier und Herr Vögele, Geschäftsführer der Verwaltung der Fischer's Wohltätigkeitsstiftung Erding

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

## Tagesordnung

### **I. Öffentlicher Teil:**

1. Fischer's Seniorenzentrum Erding Heimbetrieb  
Vorlage: 2008/0441
2. Haushaltswesen  
Haushaltsberatung 2009
3. Bekanntgaben und Anfragen
- 3.1 Anfrage Kreisrat Schmidt - Orte der Vielfalt



LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

## I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses am 08.12.2008

### 1. Fischer's Seniorenzentrum Erding Heimbetrieb Vorlage: 2008/0441

**Der Vorsitzende** verweist auf die versandte Vorlage und merkt an, dass inzwischen die Möglichkeit gegeben worden sei, Einsicht in den Bericht über die Prüfung der Teiljahresabschlüsse zu nehmen.

**Kreisrat Schmidt** fragt, wie sich die Perspektive mittelfristig bis 2014 darstelle. Das Eigenkapital sei 2007 aufgebraucht und ein Verlust von 284.941,96 € ausgewiesen worden. Er möchte wissen, ob das Eigenkapital wieder aufgefüllt werden könne oder ob auf den Landkreis langfristig Probleme zukommen können.

**Herr Dreier** erklärt, er habe bereits in der letzten Sitzung darauf hingewiesen, dass der Heimbetrieb des Fischer's Seniorenzentrums integrierter Bestandteil der Fischer's Wohltätigkeitsstiftung sei. Dies sei auch erstmals 2006 im Wirtschaftsplan bilanziell vollzogen und im Jahresabschluss mit eingebunden worden. Das bedeutet, alles was sich an wirtschaftlichen Gegebenheiten des Heimbetriebes Fischer's Seniorenzentrum abspiele, stehe unter der Ägide der Mutterstiftung. Wenn der Heimbetrieb defizitär sei, erfolge der Ausgleich durch die Fischer's Wohltätigkeitsstiftung solange diese leistungsfähig sei. Sollte die Fischer's Wohltätigkeitsstiftung nicht mehr leistungsfähig sein, gebe es die vertragliche Vereinbarung, dass der Landkreis die Defizite zu übernehmen habe. Herr Dreier geht davon aus, dass das nicht nur in naher Zukunft, sondern auch bis 2014 nicht der Fall sein werde. Die Stiftung habe vorgesorgt. Durch eine entsprechende Maximierung der laufenden Einnahmen aus der Vermögensverwaltung stehen entsprechende Reserven zur Verfügung, um die Dotierung des Heimbetriebes vornehmen zu können. Im Wirtschaftsplan 2009 sei zu sehen, dass ein entsprechender Ausgleich durch Mittel der Fischer's Wohltätigkeitsstiftung erfolgen werde. Der Wirtschaftsplan 2009 werde Anfang 2009 im Kreistag behandelt werden. Es sei geplant, dabei eine Umstellung vorzunehmen. Es werde transparenter gemacht werden, in welcher Größenordnung Mittel der Stiftung tatsächlich notwendig seien, denn es handle sich nicht nur um 250.000 €, die als Verlust erscheinen. Die Leistung der Stiftung für den Heimbetrieb sei von wesentlich größerer Größenordnung (etwa 750.000 €), weil die Maßnahmen, die für den baulichen Bereich verwendet bzw. aufzuwenden seien, allein bisher von der Stiftung getragen worden sind und das auch in Zukunft so der Fall sein werde. Dieser Bereich sei aus dem Wirtschaftsplan und Wirtschaftsbereich des Heimbetriebes herausgehalten worden. Aber tatsächlich seien die Leistungen erbracht worden. Das werde im nächsten Jahr im Wirtschaftsplan 2009 auch transparent dargestellt werden, zumindest für die Bereiche, die für den Heimbetrieb originär zuständig seien (Pflegebereich und Wohnbereich). Der Zentralbereich werde nicht einfließen.

Ein Verlustausgleich werde auch in den kommenden Jahren durch die Fischer's Wohltätigkeitsstiftung gewährleistet sein.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. **Der Vorsitzende** bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

KA/0031-14

Die Bilanzen und Jahresrechnungen des Fischer`s Seniorenzentrums Erding Heimbetrieb für die Jahre 2006 und 2007 werden mit den genannten Abschlusszahlen festgestellt, ferner wird die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

**Der Vorsitzende** bedankt sich bei den beiden Geschäftsführern, Herrn Dreier und Herrn Vögele für die Anwesenheit.

## **2. Haushaltswesen** **Haushaltsberatung 2009**

**Der Vorsitzende** merkt an, mit den Fraktionsvorsitzenden, dem Vorsitzenden des Bayer. Gemeindetags und den Stellv. Landräten sei in vier Gesprächsrunden der Haushaltsentwurf diskutiert und mit einigen Änderungen vorbereitet worden.

Der Vorsitzende macht folgende Ausführungen:

„Der vorgelegte Haushaltsentwurf enthält ein Haushaltsvolumen im Verwaltungshaushalt von 98.771.000 €, im Vermögenshaushalt von 13.568.000 €, ergibt eine neue Rekordsumme von 112.339.000 €

Es steigt das Volumen des Verwaltungshaushaltes gegenüber dem Vorjahr um 6.109.000 €, rd. 6,59 %.

Die größten Posten bei den Mehreinnahmen sind im vorliegenden Entwurf bei einer Kreisumlage von 48,57 % eingeplant. Das bedeutet mehr Kreisumlage von 4.895.201 € aufgrund des Anstieges der Umlagekraft um 11,34 %.

Die Staatliche Zuweisung zu den Kosten der Lernmittelfreiheit von Seiten des Freistaates ist mit 174.090 € eingeplant.

Die Schlüsselzuweisungen sind mit dem gleichen Betrag eingeplant worden, wie er 2008 bewilligt worden ist, das bedeutet aber eine Steigerung vom Ansatz 2008 zum Ansatz 2009 um 1.378.492 €

Die Abschreibung und Verzinsung, Anlagekapital ergibt ein Mehr von 198.340 €

Die größten Posten bei den Mehrausgaben sind Personalkosten im Bereich des Landratsamtes und der Landkreisverwaltung. Sie steigen um 1.110.020 €, 7,23 %. Es wurde eine tarifliche Erhöhung von 2,8 % und eine Einmalzahlung von 225,00 € eingeplant. Auch ein Mehr an Mitarbeitern bei der Integrierte Leitstelle (218.350 €) ist eingeplant.

Neu veranschlagt sind Personalkosten für den Rettungszweckverband in Höhe von 58.600 €. Sie sind genauso wie die Personalkosten der



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Integrierten Leitstelle aufwendungsneutral, weil sie vom Zweckverband erstattet werden. Die Geschäftsstelle des Rettungszweckverbandes für die drei Landkreise Freising, Ebersberg und Erding ist aufgrund des Wechsels im Vorsitz seit einigen Tagen im Landratsamt Erding angesiedelt.

Die Gesamtpersonalkosten belaufen sich mit der Integrierten Leitstelle und dem Rettungszweckverband auf 16.733.620 €.

Die bedeutendste Steigerung ergibt sich im Bereich Jugendhilfe, Haushaltsplan 4, ohne Personalkosten und Sachkosten mit 1.386.990 €. Darin sind 475.000 € im Bereich der Heimerziehung (stationär), 194.000 € für die Förderung in Tageseinrichtungen, 261.000 € für die Erziehung in Tagesgruppen, 361.000 € für die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder eingeplant. Die Maßnahmen nehmen deutlich zu.

Insgesamt steigt der Zuschussbedarf des Landkreises im Bereich der Jugendhilfe von 8.346.939 € auf 9.887.459 €, rd. 10 % des gesamten Haushaltsvolumens im Verwaltungshaushalt.

Der Bereich Sozialhilfe reduziert sich um rund 914.400 €, weil ein Trägerwechsel stattgefunden hat. Der Bereich der ambulanten Eingliederungshilfe ist seit 2008 beim Bezirk.

Bei der Grundsicherung ergibt sich ein Zuschussbedarf von 22.000 €. Der Zuschussbedarf steigt von 1.080.500 € auf 1.102.500 €.

Bei Hartz IV ist der Zuschussbedarf um 39.030 € leicht gestiegen. Tatsächlich wäre bei Hartz IV eine Reduzierung des Zuschussbedarfs von 178.970 € entstanden. Nachdem aber die Einnahmen 2008 zu hoch veranschlagt wurden, ergibt sich im Haushaltsentwurf eine Steigerung des Zuschussbedarfs von 39.030. €.

Zwischenzeitlich hat sich noch eine Veränderung gegenüber dem vorliegenden Haushaltsentwurf ergeben. Dazu ist eine Tischvorlage ausgeteilt worden. Der Bund hat mitgeteilt, dass die Beteiligungsquote an den Kosten für die Unterkunft und Heizung von 28,6 % auf 25,4 % sinken wird. Das bedeutet für den Landkreis Erding 206.200 € weniger an Einnahmen durch die Erstattungen des Bundes.

Der Haushaltsentwurf bei Hartz IV ohne Verwaltungskosten zeigt bei den Einnahmen 2.031.800 €, bei den Ausgaben 6.996.700 €, ergibt einen Zuschussbedarf von 4.964.900 €. Inklusive der Verwaltungskosten bedeutet es einen Zuschussbedarf von 5.166.080 €.

Bei den Gastschulbeiträgen ergibt sich eine Steigerung von 203.175 €. Im Bereich der Realschule Taufkirchen ergeben sich weniger Einnahmen von den Landkreisen Landshut und Mühldorf mit 36.000 €, bei den Berufsschülern weniger Einnahmen von den Landkreisen Freising und Ebersberg mit 55.000 €. Im Bereich der Berufsschule ergeben sich mehr Ausgaben für Zahlungen für mehr Schüler in den Landkreisen Freising und München und für die kalkulierte Erhöhung der Gastschulbeiträge durch die Stadt München (Berufsschule) insgesamt mit 120.000 €.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Bei der Schülerbeförderung ergeben sich Mehrausgaben von 588.000 € und Mehreinnahmen von 107.000 €, ergibt insgesamt einen Zuschussbedarf von 481.000 € gegenüber 2008. Die Mehrkosten entstehen vor allem durch die Umstellung des MVV auf ein anderes Wertmarkenabrechnungssystem. Dadurch wird das Haushaltsjahr 2009 mit zusätzlich drei Monatsabrechnungen mit ca. 400.000 € belastet. Die noch verbleibenden Mehrkosten entstehen hauptsächlich aufgrund der zu erwartenden Preissteigerungen.

Beim ÖPNV steigt der Zuschussbedarf um 219.310 €. Es sind zusätzliche Angebote gemacht, Tagesrandlagen bedient und Wochenendverkehre eingeführt worden. Der Zuschussbedarf des Landkreises 2009 beträgt somit 1.716.500 €. Die Preisanpassungen 2009 müssen noch verrechnet werden.

Im Bereich des Bauunterhaltes sind in den letzten Jahren deutlich weniger Ausgaben eingeplant worden. 2009 sei der Schwerpunkt gesetzt worden, die Gebäude auf einen guten Stand zu halten und es nicht zu Substanzschäden kommen zu lassen. Es sind auch für Honorarkräfte, Ingenieurleistungen Mittel eingeplant worden. Insgesamt werden 2009 für den Bauunterhalt 2.549.650 € eingeplant.

Die Umlage für den Zweckverband für Rettung und Feuerwehralarmierung beträgt 86.250 € (je 30 % der Landkreis Erding und der Landkreis Ebersberg und 40 % der Landkreis Freising). Die Höhe der Umlage ist an die Einwohnerzahlen gekoppelt.

Die Bezirksumlage im Haushaltsentwurf ist mit 18,8 % veranschlagt, also 2.055.184 €. Da der Bezirk die Umlage um 0,8 % erhöhen wird, steigt die Bezirksumlage um weitere 858.411 € (dieser Betrag ist im HH-Entwurf noch nicht enthalten).

Die Zuführung an den Vermögenshaushalt ist mit 5.816.000 € geplant.

Der Landkreis wird weniger Zinsausgaben für die Kredite haben (361.700 €). 2008 waren für neue Kreditaufnahmen für das Jahr 2007 361.700 € Zinsausgaben veranschlagt, tatsächlich war aufgrund des guten Jahresabschlusses 2007 nur eine geringe Kreditaufnahme erforderlich. Im Haushalt 2009 werden keine Zinsausgaben für neue Kredite anfallen.

Der Vermögenshaushalt hat ein Gesamtvolumen im HH-Entwurf von 13.568.000 € (keine Kreditaufnahme).

Die einzelnen Maßnahmen (Ausgaben 2009) sind:

Für die Integrierte Leitstelle 513.330 € (Gesamtkosten 3.059.700 €),  
für den Neubau FOS/BOS 4.510.000 € (Gesamtkosten 18.103.400 €),  
für das Förderzentrum Dorfen sind 1 Mio € eingeplant (dazu ist die Aussage der Reg. v. Obb über die Förderhöhe noch erforderlich).  
Für die Abfallbeseitigung – neue Recyclinghöfe (Stadt Erding und Gemeinde Steinkirchen) sind 485.000 € eingeplant.

Für den Bereich Straßenbau sind Mittel in Höhe von 1.806.575 € (brutto) eingeplant.



Die Rücklagenentnahme ist mit 690.000 €, (die Hälfte der 1/2 Schlüsselzuweisungen 2008) eingeplant. Diese Summe wird den Gemeinden wieder zur Verfügung gestellt.

Der Schuldenstand war zum Ende des Jahres 2007 mit 33.478.091,95 € veranschlagt. Der voraussichtliche Schuldenstand Ende 2008 wird 30.251.611,69 € sein. Die geplanten Tilgungen 2009 sind im HH-Entwurf mit 1.111.700,-- € eingeplant. Somit ergibt sich Ende 2009 ein voraussichtlicher Schuldenstand von 29.139.911,69 €

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Der Landesdurchschnitt 2006 bei der Belastung je Einwohner war 253 €. Der Landkreis Erding hat Ende 2008 einen Schnitt je Einwohner mit 242,25 €. Es ist festzustellen, dass der Landkreis nicht überdurchschnittlich verschuldet ist.

Im Haushaltsentwurf sind im Verwaltungshaushalt und im Vermögenshaushalt die freiwilligen Leistungen in gleicher Höhe, wie im Vorjahr veranschlagt. Die Ausnahme ist, für das Bündnis „Bunt statt braun“ wurden neu einmalig 2.000 € veranschlagt. Der Ausschuss für Bildung und Kultur hat diese Bewilligung vorgeschlagen.

Weiter liegt für den Kreisverein für Heimatschutz und Denkmalpflege ein Empfehlungsbeschluss zur Erhöhung von 4.200 € auf 6.000 € vor. Weiter hat die Mädchenrealschule für 2009 statt 135.000 € einen Betrag von 156.090 € beantragt. Der Ausschuss für Bildung und Kultur hat empfohlen, einen Zuschuss wie in den Vorjahren mit 135.000 € zu bewilligen.

Mit der Beschlussvorlage wurde eine Übersicht über die veranschlagten freiwilligen Leistungen und die entsprechenden Anträge übersandt.

Der Ausschuss für Bauen und Energie hat sich am 17.11.2008 (die Änderungen mit plus 27.000 € sind im Haushaltsentwurf bereits berücksichtigt), der Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt am 24.11.2008 (keine Änderungen), der Jugendhilfeausschuss am 26.11.2008 (keine Änderungen) und der Ausschuss für Bildung und Kultur am 01.12.2008 (Änderung: Kreisverein für Heimatschutz und Denkmalpflege statt 4.200 € neu 6.000 €) mit dem Haushaltsentwurf befasst und einstimmig den Empfehlungsbeschluss an den Kreistag gefasst.“

Der Vorsitzende erklärt weiter, zwischenzeitlich haben sich einige Veränderungen zum vorgelegten Haushaltsentwurf 2009 (Tischvorlage) ergeben:

Am Freitag sei per €-Mail die Mitteilung vom Bayer. Landkreistag (vom 05.12.2008) eingegangen, dass die Investitionspauschale von rd. 600.000 € um rd. 110.000 € auf ca. 710.000 € erhöht werde. Diese sei im Haushaltsentwurf noch nicht eingeplant.

Weiter merkt der Vorsitzende an, bei der letzten Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden sei er, besonders von Kreisrat Knur gebeten worden, den Haushalt noch auf Einsparpotentiale durchzuforschen, um eine Reduzierung der Kreisumlage auf 48,55 % zu erreichen. Dabei gebe es



die Möglichkeit, die Rücklage DSD mit ca. 620.000 € aufzulösen. Bei einer Auflösung werde eine Steuernachzahlung von rd. 90.000 € fällig werden, weil DSD als ein „Betrieb gewerblicher Art“ geführt worden sei. Es würden noch 530.000 € bleiben, die der Rücklage zugeführt werden könnten. Er denkt es sei richtig, wenn die Rücklage DSD voraussichtlich Ende 2008 aufgelöst und der Betrag der allgemeinen Rücklage zugeführt werde.

Durch eine Erhöhung der Investitionspauschale (+110.000 €) und der Entnahme aus der Rücklage DSD (+530.000 €) könne die Zuführung vom Verwaltungshaushalt um 640.000 € verringert werden.

Büro des Landrats  
BL

Eine weitere Veränderung im Verwaltungshaushalt sei die vom Schulamtsleiter vorgeschlagene Erweiterung des Schulentwicklungskonzeptes für die Hauptschulen mit Kosten von rund 30.000 €

Weiter habe der Verein Donum Vitae Freising e.V. um einen Zuschuss in Höhe von 10.000 € gebeten, weil sie für die Schwangerenkonfliktberatung eine weitere Fachkraft einstellen wollen.

Aufgrund der Mitteilung des Bayer. Landkreistages vom 05.12.2008 erhöhe sich der Kopfbeitrag der Schlüsselzuweisung von 460,55 € auf 495,00 €. Die Summe von 374.148 € (insgesamt 11.321.400 €) würde mit eingeplant.

Die Zuführung an den Vermögenshaushalt wäre dann aufgrund der Änderungen mit 5.176.000 € geplant.

Mit diesen Veränderungen sei zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts eine Kreisumlage von 48,66 % notwendig (im HH-Entwurf sei eine Kreisumlage von 48,57 % eingeplant), rund 96.571 € mehr. Die Kreisumlage würde insgesamt neu 52.212.871 € betragen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass mit einer zusätzlichen Einnahme gerechnet werden könne, die er aber noch nicht nennen könne.

Die Kreisumlage werde sich dann, obwohl der Empfehlungsbeschluss an den Kreistag mit einer Kreisumlage von 48,66 % gefasst werden müsse, auf voraussichtlich 48,2 % reduzieren.

Der Vorsitzende berichtet, er habe diese Situation noch kurz vor der Sitzung mit den Fraktionsvorsitzenden besprochen. Aber auch in der Besprechungsrunde habe er keine näheren Daten (Titel oder Summe) der möglichen zusätzlichen Einnahme nennen können.

Er bedankt sich für die konstruktive Zusammenarbeit, dass der Haushaltsentwurf so vorbereitet werden konnte. Er plädiert, dem Haushaltsentwurf, mit dem Wissen, dass es eine Kreisumlage mit 48,2 % werde, zuzustimmen.

**Kreisrat Knur** spricht ein Kompliment an die Verwaltung und besonders an den Vorsitzenden aus. Er habe feststellen können, wie sehr sich der Vorsitzende im Detail eingebracht und darauf geachtet habe, dass die



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Gemeinden über die Kreisumlage nicht stärker belastet werden als es unbedingt notwendig sei. Die einzelnen Punkte seien heute nochmals dargestellt und in den Vorgesprächen mit den Fraktionsvorsitzenden ausführlich erläutert worden. Er könne auch mit dem Statement leben, dass die errechnete Kreisumlage von 48,66 % noch gesenkt werde. Er möchte aber für die CSU-Fraktion ankündigen, dass nochmals versucht werden sollte, eine Kreisumlage von 47,9 %-Punkten, die angestrebt worden seien, auch tatsächlich zu erreichen. Er hoffe, dass dies gelingen werde. Es könnte natürlich gesagt werden, das sei für die einzelnen Gemeinden nicht viel. Er erklärt aber, das Finanzausgleichssystem erfasse die Zahlen aus dem Jahr 2007 und die Gelder, die 2007 bei den Gemeinden eingegangen seien, seien bei vielen Gemeinden nicht mehr vorhanden. Deshalb würden einpaar Tausend oder Zehntausend Euro den Gemeinden gut tun, wenn sie dem Landkreis nicht schaden. Der Landkreis sollte das Signal setzen und 47,9 % Kreisumlagenpunkte anstreben.

**Der Vorsitzende** sichert zu, dass er weiterhin versuchen werde, Einsparungsmöglichkeiten oder Mehreinnahmen zu generieren. Dazu seien auch die Mitarbeiter in der Kämmerei angehalten. Er sehe es als Auftrag für die nächsten Wochen bis zur Kreistagssitzung weitere Möglichkeiten zu suchen. Er biete auch den Kreisräten an, sich dazu Gedanken zu machen.

**Kreisrat Schmidt** schließt sich dem Dank an die Verwaltung für die Vorbereitung des Haushaltes an. Es sei wichtig, dass heute zwar ein Empfehlungsbeschluss für den Kreistag gefasst werde, aber das Ziel sollte sein, die Kreisumlage weiter zu senken. Es wäre wünschenswert, eine Kreisumlage von „47 plus“ zu haben. Kreisrat Schmidt merkt weiter an, auf der anderen Seite müsse auch gesehen werden, dass sich alle Beteiligten erhebliche Mühe gegeben haben, Aufwendungen, notwendige Investitionen etc. abzuwägen. Es sei oft nicht leicht gefallen, einzelne Investitionen zurückzustellen. Der Landkreis müsse auch dafür sorgen, dass die Gebäude, Schulen und Straßen in einem guten Zustand bleiben. Ärgerlich sei, dass die Bezirksumlage steigen werde, auch deshalb, weil andere Bezirke sie senken. Er fragt, warum das in Oberbayern nicht der Fall sei.

Kreisrat Schmidt merkt weiter an, er spreche sich nicht gegen das Regionalmarketing aus, aber gegen die Art und Weise, wie es umgewandelt werden solle. Die SPD-Fraktion werde das auch im Kreistag erneut ansprechen. Die Kostensteigerung bei Regionalmarketing müsse natürlich in Verbindung mit dem Personal gesehen werden. Er sei mit der Gründung eines Zweckverbandes nicht einverstanden, zumal noch nicht bekannt sei, wie sich das Ganze entwickeln werde, nachdem sich auch die Stadt Freising dagegen ausgesprochen habe. Der Flughafen sei ein Wirtschaftsfaktor, der die Region auch präge, ob es den Bürgern gefalle oder nicht. Es sei deshalb sinnvoll, in manchen Bereichen zusammen zu arbeiten und die Region gut darzustellen. Der Schwerpunkt liege dabei auf der Entwicklung. Dazu gebe es noch Klärungsbedarf.

Weiter merkt Kreisrat Schmidt an, im Bereich der landkreiseigenen Schulen habe der Landkreis hohe Investitionen vorgenommen. Er hoffe,

dass die positive Erwartung bezüglich Kreisumlage und Haushalt eintreffen, damit die Gemeinden eine vernünftige Planungssicherheit haben.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** merkt an, alle Bezirke außer Oberbayern reduzieren die Bezirksumlage. Er berichtet, der Übergang bei der ambulanten Eingliederungshilfe sei unterschiedlich gehandhabt worden. Der Bezirk Oberbayern argumentiere, die zusätzlichen Mittel (930.000 €) seien für die neue Aufgabe erforderlich. Entscheidend sei, dass aufgrund der gestiegenen Umlagekraft der Bezirk Oberbayern rd. 31 Mio € weniger aus FAG-Mitteln bekomme und 40 Mio € noch ein Fehlbetrag aus dem Jahr 2008 sei. Dieser Fehlbetrag werde für das Haushaltsjahr 2009 für Leistungen mit veranschlagt, die bereits erbracht worden sind. Der Bezirksausschuss habe am 03.12. getagt und mit großer Mehrheit die Bezirksumlagerhöhung beschlossen.

Zum Thema „Airfolgsregion“, Zweckverbandsgründung merkt er an, es sei notwendig festzustellen, wie es weitergehen könne. Er rege an, zum Regionalmarketing (Tourismus) auch den Bereich Energiemanagement zu nehmen. Dabei könnte auch eine Förderung von Seiten des Wirtschaftsministeriums möglich sein, weil es sich um Regionalentwicklung handeln würde und nicht rein um Regionalmarketing. Er plädiert dafür, im Haushalt den jetzigen Stand einzuplanen, um die Rechtsgrundlagen schaffen zu können. Was dann an Mitteln notwendig sein werde, welche Organisationsstruktur sich noch ergebe, müsse zu gegebener Zeit mit allen Partnern besprochen werden.

**Kreisrat Els** merkt an, als Kreisrat und Bürgermeister schlagen bei Haushaltsberatungen zwei Herzen in seiner Brust. Die Kommunen wissen sehr wohl, dass der Landkreis auch Aufgaben für die Bürger wahrnehme. Insofern werde die Notwendigkeit schon erkannt, dass der Landkreis auch finanziert werden müsse. Er habe aus der Haushaltsrede vernommen, dass eine Kreisumlage von nicht mehr als 48,2 % geplant werde. Insofern hoffe er, dass die magische Zahl 47,9 % vielleicht doch erreicht werden könnte. Das hätte eine psychologische Wirkung für die Kommunen. Er denkt, es wäre als Zeichen für die Kommunen sehr wichtig, dass möglicherweise nach vier Jahren, von 2005 bis 2008, wo der Landkreis bei der Kreisumlage im Durchschnitt zu den anderen oberbayerischen Landkreisen, auch bei der Region 14, überproportional höher gelegen habe. Er glaubt, es sei wichtig für die Kommunen, diese Zahl zu erreichen oder sogar etwas darunter. Er glaubt, bei dem ganzen Vorgehen sei bei den Beratungen ein guter Ausgleich gefunden worden zwischen Aufgaben, die erledigt und finanziert werden müssen und Aufgaben, die möglicherweise ein Jahr geschoben werden können. Er denkt, insofern sei der Landkreis auf einem guten Weg. Es sollte eine Kreisumlage nicht mehr als 48 % sein, aber die 0,3 % nach unten wären psychologisch für die Kommunen äußerst wichtig.

**Kreisrätin Stieglmeier** merkt an, ihr sei aufgefallen, dass bei allen Schulen die Entgelte für die Beschäftigten sehr angestiegen seien.

**Der Vorsitzende** merkt an, der Grund sei, dass die Arbeitszeiten der Hausmeister nicht mehr ausreichend seien. Die Schulen haben nicht mehr



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

den Stand wie vor zehn Jahren. Früher habe der Hausmeister in der Dienstwohnung gewohnt und sei deshalb tariflich mit mehr Stunden angesetzt worden. Es gebe derzeit fast keinen Hausmeister mehr, die an der jeweiligen Schule eine Dienstwohnung habe. Zum Beispiel seien bei der Realschule Erding und auch bei der Realschule Taufkirchen zusätzliche Gebäude zu versorgen, beim Gymnasium Dorfen sei eine Ausweitung vorgenommen worden, usw. Entsprechend der tariflichen Stunden reiche ein Hausmeister pro Schule nicht mehr. Es werden zusätzliche Kräfte, die Hausmeistertätigkeiten bewerkstelligen, benötigt. Es werde momentan versucht, das mit Springern zu regeln, was nur bedingt möglich sei. Künftig sei geplant, Teilzeitbeschäftigte einzusetzen. Die Mittel dafür seien im Haushaltsentwurf eingeplant worden. Bei den Gymnasien werde dreimal pro Woche ein Hausmeister (halbtags) zusätzlich eingesetzt. Bei den Realschulen werde versucht, mit jeweils zwei 400-€-Kräften das zu regeln. Das Problem sei auch, dass die Hausmeister deutlich weniger Urlaub haben als die Ferien dauern. Zudem werden in den Ferien meistens fällige Baumaßnahmen durchgeführt.

**Kreisrätin Stieglmeier** stellt fest, dass die zusätzlichen Hausmeister dann beim Landkreis angestellt werden.

Weiter sei ihr aufgefallen, dass die Energiekosten allgemein rasant gestiegen seien, auch beim Neuen Gymnasium.

**Der Vorsitzende** erinnert an die Aufstellung der Container am Neuen Gymnasium. Die komplette Heizung der Container erfolge über Strom. Dazu kommen die Kosten für die Energieausweise pro Gebäude.

**Kreisrat Treffler** fragt, was der Landkreis mit der Importkontrolle am Flughafen zu tun habe.

**Der Vorsitzende** antwortet, der Landkreis (Abt. Veterinärwesen) betreibe am Flughafen die Grenzkontrollstelle. Es müssen z.B. Lebensmittel, die eingeführt werden, kontrolliert, die Tiere gechipt werden, etc.

**Kreisrat Schwimmer** fragt, wo die derzeitige wirtschaftliche und politische Situation 2009 dem Landkreis Schwierigkeiten bereiten könnte.

**Der Vorsitzende** antwortet, eigentlich könnte die wirtschaftliche Lage den Landkreis überall treffen, angefangen bei den Hartz-IV Empfängern, bei den Zuschüssen für die Kinderbetreuung bis hin, dass der Landkreis deutliche Einbrüche bei den Einnahmen haben werde. Bei finanziellen Schwierigkeiten werde der Staat die Finanzierung und Zuschüsse nicht mehr in der Höhe gewähren können. Der Vorsitzende vermutet, dass 2009 die direkten Auswirkungen noch nicht so spürbar werden, eher im Jahr 2010. Er denkt, in manchen Fällen werden Dinge oft auch herbeigeredet.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Vorsitzende merkt an, im Beschlussvorschlag werde er aufgrund der derzeitigen Informationen eine Kreisumlage mit einem Umlagesatz von 48,66 % zur Abstimmung bringen (wissend, dass es weniger als 48,2 % werden müssen). Er bringt folgenden Vorschlag zur Abstimmung.

KA/0032-14

Die in der vorliegenden Zusammenstellung aufgeführten „Freiwilligen Leistungen“ werden unter Berücksichtigung der vorgenommenen Änderungen wie vorgetragen entsprechend der im Haushaltsentwurf 2009 veranschlagten Höhe bewilligt.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Dem Kreistag wird empfohlen, unter Berücksichtigung der vorgenommenen Änderungen

1. das Investitionsprogramm durch Beschluss festzustellen,
2. den Finanzplan 2008 – 2012 zu genehmigen,
3. den Stellenplan 2009 zu genehmigen,
4. die Kreisumlage 2009 mit einem Umlagesatz von 48,66 % festzusetzen,
5. den Haushaltsplan 2009 und die Haushaltsatzung 2009 zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

### **3. Bekanntgaben und Anfragen**

#### **3.1 Anfrage Kreisrat Schmidt - Orte der Vielfalt**

**Kreisrat Schmidt** erinnert, der Landkreis habe sich bei der Aktion „Orte der Vielfalt“ beteiligt und dafür eine Urkunde und eine Tafel bekommen.

Auf Wunsch des Vorsitzenden antwortet **Frau Pelger**, das Schild, das der Stellv. Landrat Steinberger für den Landkreis in Berlin entgegen genommen habe, werde am Landratamtsgebäude am Alois-Schieß-Platz angebracht und die Urkunde im Informationsbereich aufgehängt.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet **der Vorsitzende** den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.10 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Elfriede Mayer  
Verwaltungsangestellte